

Landwirtschaftsförderung in der Entwicklungspolitik

Von ungefähr einer Milliarde Menschen, die weltweit von Hunger und Armut betroffen sind, leben vier Fünftel auf dem Land. Die Mehrzahl ist in der Landwirtschaft tätig, davon über die Hälfte als Kleinbäuerinnen und -bauern sowie weitere 20 Prozent als landlose Arbeiter_innen. Hunger ist also vor allem ein ländliches Problem. Dabei stellt die Landwirtschaft weltweit zumindest rein rechnerisch ausreichend Nahrung für alle Menschen zur Verfügung. Allein den Hungernden mangelt es oft an Einkommen, um sich und ihre Familien mit ausreichend Lebensmitteln zu versorgen. Angesichts von Klimawandel und Bevölkerungswachstum droht sich die Ernährungssituation weiter zu verschärfen, die Landwirtschaft steht vor riesigen Herausforderungen. Nach jahrzehntelanger Vernachlässigung hat auch die Entwicklungszusammenarbeit die Landwirtschaft wieder verstärkt als Betätigungsfeld entdeckt. Der Ruf nach mehr Investitionen in den ländlichen Raum und nach einer stärkeren Kooperation mit der Privatwirtschaft ist laut.

Der Faire Handel trägt seit Jahrzehnten zu ländlicher Entwicklung im Süden bei und unterstützt Produzentengruppen und Arbeiter_innen bei Investitionen in ihre Zukunft. Sei es durch langfristige Lieferbeziehungen, faire Preise und Entwicklungsprämien, durch Möglichkeiten der Vorfinanzierung, Beratung und Begleitung, z. B. bei der Umstellung auf Bio-Anbau, oder durch die Unterstützung bei der Selbstorganisation. Dabei stellt der Faire Handel insbesondere das Potential und die Leistungsfähigkeit bäuerlicher Landwirtschaft unter Beweis und unterstützt ökologische Anbaumethoden sowie die Diversifizierung und Weiterverarbeitung der Produkte. Zentral ist für den Fairen Handel das Empowerment - also die Stärkung der Rechte der Produzent_innen und deren Position in der Wertschöpfungskette. Damit steht der Faire Handel für ein Landwirtschaftsmodell, wie es auch der Welt-agrarbericht empfiehlt, und unterstützt dessen Forderung nach einer internationalen Agrarwende. Insbesondere setzt sich die deutsche Fair-Handels-Bewegung ein für:

- einen deutlichen Fokus der deutschen Entwicklungszusammenarbeit auf die Unterstützung kleinbäuerlicher Landwirtschaft und die Stärkung von Bauernorganisationen, Genossenschaften und Landarbeitergewerkschaften: Dazu gehören u. a. Investitionen in Agrarberatung, Weiterbildung, Capacity Building, Anpassungsmaßnahmen an den Klimawandel und Kleinkreditprogramme für Investitionen;
- die verstärkte Förderung von Weiterverarbeitungskapazitäten der Bauerngruppen und Unterstützung beim Aufbau regionaler Wertschöpfungsketten;
- Stärkung der Position der Produzent_innen in internationalen Wertschöpfungsketten: Über die reine Einbindung in Wertschöpfungsketten hinaus gilt es vor allem die Ver-

handlungs-macht der Produzent_innen zu stärken, z. B. durch die Unterstützung von Genossenschaften und anderer Bauernzusammenschlüsse;

- Eine stärkere Beteiligung von Kleinbauern und ihren Organisationen bei der Entwicklung von Landwirtschaftspolitik im allgemeinen und von Landwirtschaftsprojekten der Entwicklungs-zusammenarbeit im Besonderen: Kleinbauern haben oft keine Lobby, um so vordringlicher, dass die deutsche Bundesregierung auf ihre Beteiligung und Teilhabe dringt;
- Einen Förderschwerpunkt auf lokal angepasste Agrarforschung, insbesondere was Anpassungsstrategien an den Klimawandel anbetrifft: Dabei sollten traditionelles Wissen der Landwirt_innen und deren Beobachtungen der klimatischen Veränderungen mit Erkenntnissen der Agrarforschung zusammenfließen. Gentechnisch verändertes Saatgut lehnt der Faire Handel ab und sieht darin auch kein Allheilmittel gegen die Klimaveränderungen. Ansatzpunkte sollten vor allem der Erhalt der Biodiversität und die Verbesserung der Bodenfruchtbarkeit (wie insbesondere im ökologischen Landbau praktiziert) sein;
- die Verstetigung des Weltagrarberichtes: Der Weltagrarbericht entstand unter weltweiter Mitwirkung von über 400 Wissenschaftler_innen und im Auftrag der Weltbank und der Vereinten Nationen. Parallel zum Prozess um den Klimabericht der Vereinten Nationen sollte der 2008 abgeschlossene Diskussionsprozess verstetigt werden;
- die Förderung von Fair-Handels-Organisationen im Süden durch die Entwicklungszusammenarbeit: dazu gehört z. B. die Unterstützung von Klimaanpassungsmaßnahmen, Investitionen in Weiterverarbeitung und Entwicklung des Süd-Süd-Handels (s. auch das Diskussionspapier des Forum Fairer Handel für eine bessere Verzahnung von Fairem Handel und EZ);
- Im Dialog und bei der Zusammenarbeit mit privatwirtschaftlichen Akteuren sollte die deutsche Entwicklungszusammenarbeit insbesondere den Fairen Handel als Best Practice-Ansatz des nachhaltigen Wirtschaftens unterstützen.